

**Judith Gleitze, 25.7.2008, Berlin**

## **Das neue Zeitalter der italienischen Flüchtlingspolitik – Verschärfung der Gesetze und Notstandsregelungen**

### **Sizilien – Ankünfte haben sich in 2008 verdreifacht**

Nach Angaben von fortresseurope haben sich die Ankünfte in Sizilien im ersten halben Jahr im Gegensatz zu 2007 verdreifacht. Hauptherkunftsland ist in diesem Jahr Somalia, es kommen weit weniger EritreerInnen und MaghrebinerInnen als im vergangenen Jahr. Auffällig ist, dass sehr viel mehr Frauen als in den Vorjahren angelandet sind (11 % in den ersten 6 Monaten im Gegensatz zu 8 % im ganzen letzten Jahr).

Am 8. Juli hat das italienische Innenministerium die Zahlen veröffentlicht: 11.949 MigrantInnen sind in der ersten 6 Monaten an Italiens Küsten angekommen/von der Küstenwache gerettet worden – in 2007 waren es im gleichen Zeitraum 3.158. Das bedeutet ein Mittel von 66 Personen pro Tag (55 Personen pro Tag in 2007). 258 Boote wurden bis Ende Juni aufgebracht. Doch nicht nur die Zahl der Ankünfte steigt wieder, auch die Zahl der Opfer: so sind 387 Tote laut Pressemeldungen für das erste Halbjahr 2008 dokumentiert worden, in 2007 waren es im ganzen Jahr 556. Natürlich muss man davon ausgehen, dass die Dunkelziffer deutlich höher ist.

In den vergangenen Jahren waren es vor allem MaghrebinerInnen (Tunesien, Marokko und Ägypten), die an den Küsten landeten, doch in diesem Jahr ist die Zahl der ankommenden aus diesen Herkunftsländer deutlich rückläufig: kamen 2007 noch 5.131 ägyptische Staatsbürger über das Mittelmeer an waren es im ersten Halbjahr 2008 nur noch 557. Ebenso verhält es sich mit MarokkanerInnen (2007: 2.341, 2008 erstes Halbjahr: 849). Die Zahl der in Italien angelandeten TunesierInnen blieb jedoch stabil.

Die Herkunftsländer bei den Ankünften in Sizilien setzen sich im ersten Halbjahr 2008 wie folgt zusammen:

Somalia (2.556), Nigeria (1.859), Tunesien (1.287), Ghana (853), Marokko (849), Ägypten (557), Burkina Faso (290), Elfenbeinküste (277), Eritrea (240) und Togo (202).

Besonders auffällig ist einerseits die angestiegene Zahl der Ankünfte aus Somalia: waren es in ganz 2007 doch nur 892 Somalis, die an den italienischen Küsten landeten, sprechen wir im ersten Halbjahr 2008 schon von dreimal so vielen Ankünften somalischer StaatsbürgerInnen. Andererseits ist die Zahl der EritreerInnen deutlich zurückgegangen: waren es in 2007 noch 3007 sind es im ersten Halbjahr 2008 nur 240. Da bedeutet unseres Erachtens eine Veränderung der Fluchtroute der EritreerInnen, die unvermindert weiter ihr krisengeschütteltes Land verlassen. Berichten Gabriele del Grandes von fortresseurope zufolge gibt es derzeit eine sehr große eritreische Flüchtlingscommunity in Israel, die auf die Überfahrt nach Europa wartet. Ein Grund dafür könnten die inzwischen bekannten langjährigen Verhaftungen und Abschiebungen von EritreerInnen in Libyen, der eigentlichen Fluchtroute, sein. Doch auch auf der neuen Route in Richtung Israel droht den EritreerInnen Haft und Abschiebung: auf dem Weg durch den Sudan nach Kairo wurden laut fortresseurope 1500 EritreerInnen verhaftet, 1000 von ihnen wurden trotz der Proteste von Nichtregierungsorganisationen in Rom und Adis Abeba abgeschoben.

Auch wenn die Anlandungen ansteigen kann noch lange nicht von einem „Massenansturm“ gesprochen werden, wie es die italienische Regierung auch mit Hilfe der Presse immer wieder gern tut. In 2007 wurden in Italien 14.053 Asylanträge gestellt, von Januar bis April 2008 waren es 4.237 (das bedeutet etwa ein Drittel der über See angekommenen MigrantInnen hat einen Asylantrag gestellt). In 2007 wurden 10 % dieser Asylanträge bewilligt, 47% der Antragsteller erhielten einen humanitären Aufenthalt.

Bei einem Blick auf die weltweiten Flüchtlingszahlen (laut UNHCR ca. 31,7 Millionen) kann also von der viel besungenen Invasion in Italien keine Rede sein. Die meisten MigrantInnen reisen

weiterhin legal mit einem Touristenvisum über Land ein und bleiben dann nach Ablauf dieses Visums illegal dort (so genannte Overstayers).

### **Notstand – immer die letzte Lösung**

Wie auch schon in Jahren zuvor ist das Ausrufen der „emergenza“, des Notstandes, der einfachste Weg, Rechte von Flüchtlingen zu missachten – mehr oder weniger alles ist erlaubt. Besonders auffällig war dies in den letzten Jahren bei der Nutzung von nicht definierten Lagern, in denen Flüchtlingen eingesperrt wurden. Nun meint Innenminister Maroni (Lega Nord), dass einfach zu viele MigrantInnen und Flüchtlinge ankommen – allein 9342 seien es in diesem Jahr bisher auf Lampedusa gewesen. Daraufhin hat der Ministerrat in Rom am Freitag, den 25. Juli den Notstand ausgerufen. Das ermöglicht der Regierung, Sondermaßnahmen gegen die illegale Einwanderung zu ergreifen und zu finanzieren. Mit der Ausrufung des Notstandes werden die Prozeduren zum Abschluss von Abkommen mit der Caritas oder dem Roten Kreuz bei der Betreuung der Immigranten erleichtert, hieß es in Regierungskreisen. "Man muss rasch handeln, um die Notstandslage zu bewältigen", sagte der für die Immigrationsfragen zuständige Funktionär im römischen Innenministerium Mario Morcone. Caritas und Rotes Kreuz sind seit Jahren die Verbände, die „Beratung“ in den Auffanglagern machen. In Lampedusa läuft beispielsweise noch bis Februar 2009 das Projekt „Praesidium II“, in dem Rotes Kreuz, IOM, UNHCR und Save the Children die Beratungsversorgung der Flüchtlinge und MigrantInnen gewährleisten sollen. Das Rote Kreuz ist hier auch zuständig für die Begleitung bei der Altersfeststellung, die noch vor Ort per Handwurzelröntgen durchgeführt wird, eine mehr als fragwürdige Methode.

Vor allem bei der Opposition löste die Initiative der Regierung Entrüstung aus. Die Demokratische Partei und vor allem die Rifondazione Comunista beschuldigte die Regierung Berlusconi, Flüchtlinge zu kriminalisieren, die oft vor Kriegen in ihrer Heimat fliehen würden. Die Rifondazione kündigte eine Klage vor dem Verfassungsgericht an.

### **Kaum Möglichkeiten, als Arbeitssuchender legal einzureisen**

Das große Problem ist bleibt die Unmöglichkeit, legal als Arbeitssuchender einzureisen. Das Gesetz sieht vor, dass man im Heimatland bei der italienischen Botschaft ein Visum beantragen und dabei schon den Arbeitgeber nennen muss. Das ist in den meisten Fällen natürlich nicht möglich. So kommen denn auch 90% der Arbeitssuchenden mit einem Touristenvisum ins Land und müssten sich dann, einmal einen Arbeitgeber gefunden, wieder in die Heimat begeben und erneut einen Antrag auf Einreise zum Zwecke der Arbeit stellen. Das machen verständlicherweise die Wenigsten. Sie wollen einerseits nicht riskieren, dann kein Visum mehr zu bekommen, andererseits ist eine solche Reise auch mit hohen Kosten verbunden. Viele haben einen Visumsantrag gestellt, dann jedoch das Papier nie abgeholt, da sie, längst illegal im Land aufhältig, Angst haben, abgeschoben zu werden. Das bedeutet, sie bleiben ohne Rechte illegal im Land, arbeiten und können jederzeit Opfer von Ausbeutung werden.

### **Die neue Sicherheitspolitik in Italien**

Es ist auch mit der neuen Gesetzgebung keine Besserung in Sicht. Im Gegenteil. Im Juli verabschiedeten Abgeordnetenhaus und Senat dem neuen Sicherheitspaket zu. Dieses besagt, dass die Haftstrafen für kriminelle Ausländer, die sich illegal im Land aufhalten, um durchschnittlich ein Drittel erhöht wird. Außerdem soll jeder Eingewanderte, der zu mehr als zwei Jahren Gefängnis verurteilt wurde, anschließend grundsätzlich abgeschoben werden. Damit will die Regierung die gestiegene Anzahl von Straftaten reduzieren, die überwiegend Ausländern zugeschrieben werden.

Nun ist es auch in Italien möglich, Einwanderer bis zu 18 Monaten in Gefangenenlagern festzuhalten, wenn sie illegal eingereist sind. Nach dem alten Bossi-Fini-Gesetz war dies bislang nur 60 Tage lang möglich. Während der Haftzeit sollen sich die Behörden um eine formelle Abschiebung bemühen. In manchen Fällen können die MigrantInnen und Flüchtlinge auch aufgefordert werden, das Land freiwillig zu verlassen. Tun sie dies nicht und werden abermals aufgegriffen, zieht dies eine Haftstrafe bis zu vier Jahren nach sich.

Nachdem 2007 unter der Prodi-Regierung drei Abschiebungshaftanstalten in Süditalien geschlossen wurden, da die vom Innenministerium eingesetzte de Mistura-Kommission diese drei Zentren als unzumutbar empfand, ist nun die Rede von der Eröffnung sieben (!) neuer Abschiebungshaftanstalten! Wenn alle illegale eingereisten MigrantInnen - also alle, die über See kommen - verhaftet werden sollen, so braucht es viele Plätze! Doch die Kapazitäten werden auch nach Eröffnung der neuen Zentren nicht genügen, dem entsprechend ist die Inhaftierung aller illegal Eingereister faktisch nicht möglich. Doch mit dieser Gesetzgebung werden Zeichen gesetzt. Schon die Umbenennung der Aufnahmezentren in „Identifikations- und Abschiebungszentren“ macht deutlich, woher der Wind weht - Abschottung und Kriminalisierung um jeden Preis. Und das betrifft nicht nur die Flüchtlinge und MigrantInnen: auch ein Vermieter macht sich strafbar, wenn er einen illegal Eingewanderten eine Wohnung zur Verfügung stellt. Das treibt inzwischen sonderbare Blüten: so werden auch wohnungssuchende ItalienerInnen nun nicht mehr als erstes gefragt, ob sie denn vielleicht die Miete tragen können, sondern welchen Aufenthaltstitel sie haben - sind sie wirklich italienische StaatsbürgerInnen?!

Immerhin hat man nun doch nach massiven Protesten - auch von Seiten des europäischen Parlaments - davon abgesehen, dass jeder Roma, auch die Kinder, die Fingerabdrücke abzugeben haben. Nun sollen nur noch dann Fingerabdrücke genommen werden, wenn die Betroffenen keine gültigen Ausweispapiere haben. Einen entsprechenden Erlass sandte das Innenministerium an die Kommunalbehörden von Rom, Mailand und Neapel, wo Zehntausende von Roma in Behelfssiedlungen an den Rändern der Städte leben.

Mit dem Inkrafttreten des neuen „Sicherheitspakets“ und der angeblichen Notwendigkeit, Italien vor „gefährlichen MigrantInnen“ zu schützen geht Italien den nächsten Schritt ins Zeitalter der Abschaffung des Flüchtlingsschutzes.